

2009-03-13

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die gemeinsame Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses am 11.02.2009

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:35 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Vorsitz: Koschig, Klemens den Vorsitz übernahm Herr Lothar Ehm
Oberbürgermeister

Fraktion der SPD
Dreibrodt, Hans-Peter vertreten durch Herrn Robert Hartmann

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm begrüßte die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse und stellte für den Haupt- und Personalausschuss die Beschlussfähigkeit mit 7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Herr Bönecke begrüßte seinerseits die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse und stellte für den Finanzausschuss die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Auf Anfrage von **Herrn Ehm** wurden durch den Haupt- und Personalausschuss keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zur vorliegenden Tagesordnung vorgebracht. Der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt. Von Seiten des Finanzausschusses wurden auf Anfrage von **Herrn Bönecke** ebenfalls keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: 7:0:0

3. Öffentliche Anfragen und Informationen

Auf Anmerkung von Herrn Pohl erklärte Frau Nußbeck, dass er in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender der CDU zur Sitzung geladen wurde. In der Vergangenheit habe man die Haushaltsberatungen immer im Beisein aller Fraktionsvorsitzenden geführt. In der Regel waren diese Mitglied im Haupt- und Personalausschuss. Dies sei bei Herrn Dr. Schmidt und Herrn Pohl nicht der Fall, so dass sie eine gesonderte Einladung erhalten. Im Übrigen, so Frau Nußbeck, habe die Tatsache, dass Herr Pohl auf der Anwesenheitsliste unter seiner Fraktion geführt werde, keine Auswirkung auf etwaiges Stimmrecht. Das Ratsinformationssystem nehme die Zuordnung automatisch vor. Zukünftig werde die Verwaltung dem Vorschlag entsprechen und die betreffenden Fraktionsvorsitzenden als Gäste ausweisen, so Frau Nußbeck.

4. Beschlussfassungen

4.1 Haushaltssatzung 20909, Haushaltsplan 2009 - Vermögenshaushalt - Einzelpläne 0 bis 9

Herr Ehm übergab das Wort an Frau Nußbeck.

Frau Nußbeck verwies zu Beginn darauf, dass zur heutigen Sitzung den Ausschussmitgliedern eine Reihe von Unterlagen übergeben wurde. Es handele sich hierbei um die Beantwortung von Anfragen aus der Sitzung am 27.01.2009. Im Weiteren nahm Frau Nußbeck auf die heutige Tagesordnung Bezug und erklärte, dass der Vermögenshaushalt und auch das Investitionsprogramm nochmals erhebliche Veränderungen erfahren. Begründet sei dies durch das Konjunkturprogramm. D. h., dass in den Vermögenshaushalt noch zusätzliche Maßnahmen aufgenommen werden. In der kommenden Woche gebe es mit der Verwaltungsspitze eine Beratung zur Festlegung der Prioritäten dieser Maßnahmen entsprechend der Vorgaben des Konjunkturprogramms. An dieser Stelle bat Frau Nußbeck die Ausschussmitglieder beider Ausschüsse darum, etwaige Anträge zum Vermögenshaushalt und Investitionsprogramm heute vorzubringen, um diese in die nochmalige Überarbeitung mit einbeziehen zu können.

Zur Vorgehensweise schlug Frau Nußbeck vor, die Betrachtung Einzelplan für Einzelplan vorzunehmen. Mögliche Anfragen werden durch die Verwaltung, soweit möglich, gleich beantwortet.

Herr Ehm nahm Bezug auf das Konjunkturprogramm und führte aus, in der vergangenen Woche gab es ein Gespräch des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt und des Präsidenten des Landesrechnungshofes. Darin habe der Ministerpräsident darum gebeten, das Genehmigungsverfahren für die Maßnahmen der Bildungsinfrastruktur so vorzubereiten, dass mit Beginn der Schulferien die Arbeiten beginnen können. Diese Bitte richtete Herr Ehm ebenfalls an die Verwaltung, in diesem Sinne die Ausschreibungs- und Vergabeverfahren so zeitnah vorzunehmen, dass dem Rechnung getragen werden könne. **Frau Nußbeck** erklärte, dieser Bitte gern nachzukommen. Dies hänge aber davon ab, welchen Auszahlungsmodus das Land für die Mittel aus dem Konjunkturpaket wähle, d. h. ein schnelles Verfahren sei nur dann möglich, wenn die Auszahlung pauschal und nicht Projekt gefördert erfolge.

Herr Pätzold informierte bezüglich der Thematik Hort Kochstedt, Grundschule Mosigkau, dass sich die Ortschaftsräte zusammengesetzt und die Vorschläge der Verwaltung einstimmig bestätigt haben. Es werde vor dem Hintergrund des Konjunkturprogramms darum gebeten, dieses Objekt in die oberste Priorität aufzunehmen, weil letztlich die Stadt dadurch Kosten spare.

Herr Dr. Raschpichler bejahte die Anfrage von Herrn Weber den Kindergarten Kühnau betreffend und bestätigte, dass diese Einrichtung Bestandteil der Prioritätenliste sei.

Frau Nußbeck leitete über zum

Einzelplan 0 – Allgemeine Verwaltung, Seiten 517 bis 534
HHSt. 02000.94022 – Sanierung Rathausaltbau, einschl. Dach.

Herr Dr. Schmidt erfragte diesbezüglich den Planungs- bzw. Arbeitsstand und Aussagen darüber, inwieweit bereits politische Beschlüsse gefasst wurden.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Grundstücks- und Gebäudemanagement, erläuterte, dass es diesbezüglich noch keinen tief greifenden Planungsstand gebe. Im ersten Schritt werde eine Studie in Auftrag gegeben, in der die aktuellen Erkenntnisse eingearbeitet werden. Nach Auswertung dieser werde die Diskussion im politischen Raum begonnen. Dies sei natürlich davon abhängig, so Herr Bekierz, wie dieses Projekt finanziert werden könne. Die eingestellten Mittel können für zwei Maßnahmen eingesetzt werden, zum einen für die Umgestaltung des Ratssaales und zum anderen für die komplette Sanierung des Rathauses. Der Haushaltsansatz gebe die Möglichkeit, in beide Richtungen weiter zu arbeiten. Auf Nachfrage von **Herrn Giese-Rehm** erklärte Herr Bekierz, dass die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 700.000,00 EUR nur im Falle der Maßnahme der Sanierung des gesamten Rathauses in Anspruch genommen werde, d. h. dass diese Mittel vorsorglich in den Haushalt aufgenommen wurden.

Herr **Dr. Schmidt** erbat eine Protokollnotiz bzw. eine Anmerkung im Haushaltsplan, dass nach dem Vorliegen der Studie nochmals eine Grundsatzdiskussion im politischen Raum geführt werde, inwieweit diese Maßnahme durchgeführt werde oder ob man diese Mittel anderweitig verwenden solle. **Frau Nußbeck** erklärte, dass zu dieser Haushaltsstelle im Haushaltsplan vermerkt werde, dass vor Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung das Ergebnis der Studie abgewogen werde.

Herr Hantusch ergänzte Bezug nehmend auf die Notwendigkeit dieser Maßnahme, man habe im Baudezernat nochmals eingehend darüber gesprochen und deutlich gemacht, dass das Dach des Rathauses in der Tat dringend sanierungsbedürftig sei. Die besagte Studie solle ergebnisoffen sein, d. h. es sollen verschiedene Varianten aufgezeigt werden, um danach eine Entscheidung welcher Art auch immer zu treffen.

Zum **Einzelplan 0** wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Seiten 535 bis 543

Zum Einzelplan 1 wurden keine Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 2 – Schulen, Seiten 545 bis 577

Zum Einzelplan 2 wurden keine Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 3 – Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege

HHSt. 36500.98800 – Beihilfe für private Denkmalpflegeobjekte

Herr Dr. Schmidt beantragte die Einstellung von 10.000,00 EUR in den Haushaltsplan 2009. Eine Deckungsquelle werde nachgereicht. **Frau Nußbeck** erklärte, dass der Antrag auf die Änderungsliste zum Haushaltsplan aufgenommen werde.

Zum Einzelplan 3 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 4 – Soziale Sicherung, Seiten 597 – 620

HHSt. 46070.94000 Abbruch „Haus Kreuzer“

Herr Pätzold fragte hinsichtlich der für den Abbruch des Gebäudes eingestellten Mittel, ob dies so zu verstehen sei, dass die Vermarktungsbemühungen der Stadt ergebnislos verliefen. **Herr Bönecke** erklärte, dass es seines Wissens einen Interessenten für das Objekt gegeben habe, um einen Nahversorgungsstandort zu etablieren. Er erfragte diesbezüglich den Stand der Verhandlungen.

Frau Jahn, Amtsleiterin Stadtplanungsamt, erläuterte, es war der Wunsch des Investors, das Grundstück „Haus Kreuzer“ und ein benachbartes Grundstück miteinander zu verbinden. Problematisch sei dabei, dass dort ein öffentlicher Weg entlang führt, der mit öffentlichen Fördermitteln errichtet wurde. Aus diesem Grund konnte man diesem Wunsch nicht entsprechen und wollte dies dem Investor mitteilen. Leider habe Frau Jahn keine weiteren Informationen zum aktuellen Stand bzw. zur Reaktion des Investors. **Frau Nußbeck** erklärte, dass die Anfrage zum Vermarktungsstand als Prüfauftrag mitgenommen und zur nächsten Ausschusssitzung beantwortet werde.

Unterabschnitt 46400 – Kindertagesstätten

Herr Giese-Rehm nahm Bezug auf verschiedene Haushaltsstellen bezüglich der Schaffung eines 2. Rettungsweges in Kindereinrichtungen und erfragte die Gründe für die Einstellung dieser umfangreichen Mittel. **Herr Bekierz** erklärte, dass der sog. Bestandsschutz für die betreffenden Einrichtungen erloschen sei und aus diesem Grund diese Einrichtungen nachgerüstet werden müssen. Die Auflagen, die durch die Feuerwehr erteilt wurden, müssen erfüllt werden. Man habe in der Vergangenheit diese Maßnahmen auch vor dem Hintergrund der Haushaltssituation immer wieder geschoben. Nun sei ein Zustand erreicht, in dem die Feuerwehr diesen Bestandsschutz nicht mehr verlängert habe. Im Übrigen komme die Stadt hier ihrer Fürsorgepflicht nach.

Herr Schneider, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienst, bestätigte die Aussage von Herrn Bekierz zum Ablauf des Bestandsschutzes und machte deutlich, dass aus brandschutztechnischen Gründen die Stadt zur Erfüllung der erteilten Auflagen verpflichtet sei.

Zum Einzelplan 4 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung, Seiten 621 bis 645

HHSt. 56010.98801

– Zuschuss an SV Mildensee 1915 e. V. für Sanierung Turnhalle Mildensee

Zur o. g. Haushaltsstelle erklärte **Herr Maloszyk**, dass das Dach der Turnhalle dringend sanierungsbedürftig sei. Das Gebäude solle jetzt in Erbpacht an den Verein übertragen werden. Es sei für den Verein lebensnotwendig, dass diese Finanzierung schon in 2009 wenigstens in Teilstücken erfolgt, um entsprechend auch die Fördermittel u. a. vom Landessportbund einwerben zu können. Es dränge sehr, so Herr Maloszyk, da sonst erhebliche Folgeschäden an der Inneneinrichtung auftreten. Mit eigenen Mitteln sei dies nicht mehr aufzubringen. Für 2009 seien im Vermögenshaushalt und auch im Investitionsplan keine Mittel eingestellt. In 2010 sei ein Teil der Anschubfinanzierung zu finden (30.000,00 EUR). Er erfragte, inwieweit es möglich sei, einen Weg zu finden, diese Anschubfinanzierung auf 3 Jahresscheiben aufzuteilen, d. h. einen Teil schon auf 2009 vorzuziehen, dass wenigstens die Fördermittel eingeworben und mit der Sanierungsmaßnahme begonnen werden könne. Ein Deckungsvorschlag könne derzeit nicht gemacht werden, so Herr Maloszyk.

Frau Nußbeck nahm den Antrag auf und sagte eine Prüfung zu.
Zum Einzelplan 5 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 6 – Bau- und Wohnungswesen, Verkehr, Seiten 647 bis 684

Auf die Anfrage von **Herrn Pätzold** zum Unterabschnitt 61530 – Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Stadtumbau Ost – stellte **Herr Ehm** klar, dass es sich hierbei u. a. um das Rodebilleviertel und nicht um die Rodebilleschule, wie von Herrn Pätzold angenommen, handele.

HHSt. 63000.94005 – BW 59 Jagdbrücke über die Mulde und
HHSt. 63000.96094 - Ostrandstraße

Herr Dr. Schmidt erfragte zum einen die Hintergründe der Maßnahme BW 59 Jagdbrücke über die Mulde und erbat zum anderen den Planungsstand der Maßnahme Ostrandstraße.

Frau Jung, Abteilungsleiterin Tiefbauamt, erläuterte zur Maßnahme Jagdbrücke, dass im Ergebnis der jährlich durchgeführten Brückeninspektion im vergangenen Jahr deutliche Fäulnisschäden festgestellt wurden, die der sofortigen Beseitigung bedürfen, um das Brückenbauwerk erhalten zu können. Im Übrigen wurden Fördermittel aus dem Programm Touristische Wege beantragt, die zur Erhaltung des Bauwerkes eingesetzt werden. Bezug nehmend auf die Maßnahme Ostrandstraße erläuterte Frau Jung, dass man sich momentan noch in der Phase der Vorbereitung der Genehmigungsfähigkeit für die Denkmalbehörden in der UNESCO befinde. Vorgesehen sei, in diesem Jahr in die Planfeststellung einzutreten, um das Baurecht für diese Straße zu sichern. Die hier eingestellten Mittel seien notwendig, um die entsprechenden Unterlagen aufzuarbeiten und zu präzisieren und die Gutachten den aktuellen Erkenntnissen anzupassen.

HHSt. 66000.96031 – B 184 Mannheimer Straße

Herr Dr. Schmidt erbat Ausführungen zu den geplanten Maßnahmen. **Frau Jung** nahm Bezug auf die Verkehrsentwicklungsplanung und erläuterte die Zielstellung einer

Verlagerung der Bundesstraße B 184 mit der Inbetriebnahme der Bahnhofstraße. Diese sei dann durchgängig in der notwendigen Ausbauqualität vorhanden, außer der Brücke im Bereich der Hermann-Köhl-Str. über die Bahn nach Köthen und der Bereich von der Junkersstraße in Richtung der Tangente. Diese Mittel, so Frau Jung, seien demzufolge zur Fortsetzung der Planung und Schaffung des Baurechts erforderlich. Auf die weitere Anfrage von **Herrn Giese-Rehm** bezüglich eines möglichen Ausbaus der Kühnauer Straße erklärte **Frau Jung**, dass die Kühnauer Straße von der Zielbelegung her ausreichend für die vorhandene Zweistreifigkeit und ein Ausbau nicht erforderlich sei.

HHSt. 66000.96011 – B 185 von Randstraße Alten bis Rüsterweg – Lichtenauer Straße

Auf die Anfrage von **Herrn Giese-Rehm** erläuterte **Frau Jung**, dass es sich hierbei um den Streckenabschnitt zwischen Dessau-Alten und Dessau-Mosigkau handele, der noch nicht grundhaft ausgebaut sei. Man sei hier bei den ersten Planungsschritten. Es gebe enorme Schwierigkeiten mit Grundstückseigentümern, weshalb es ein nicht unerhebliches Planfeststellungsverfahren geben werde.

Zum Einzelplan 6 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung, Seiten 685 bis 703

HHSt. 77000.93501 – Erwerb von Fahrzeugen

Frau Ehlert beantragte die Prüfung des Erwerbs von Fahrzeugen als Ersatz für Altfahrzeuge unter Nutzung der „Abwrackprämie“ und vorhandener Haushaltsreste und die Einstellung entsprechender Einnahmen bei der HHSt. 77000.345000 – Einnahmen aus Verkauf von Fahrzeugen.

Frau Nußbeck nahm den Antrag auf und sagte eine Prüfung zu.
Zum Einzelplan 7 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen, Seiten 705 bis 709

Zum Einzelplan 8 wurden keine Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft, Seiten 711 bis 717

Zum Einzelplan 9 wurden keine Anfragen vorgebracht.

4.2 Investitionsprogramm 2008 - 2012 - Einzelpläne 0 bis 9

Frau Nußbeck schlug vor, das Investitionsprogramm nicht Einzelplanweise zu behandeln, sondern insgesamt auf etwaige Anfragen einzugehen. Gegen diesen Vorschlag wurden keine Einwände vorgebracht.

Herr Dr. Schmidt regte an dieser Stelle an, sich in den zuständigen Fachausschüssen grundsätzlich mit einigen Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm zu befassen. So z. B. der Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport mit der Maßnahme Südschwimmhalle und der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt mit verschiedenen Maßnahmen

zur Sanierung und Ausbau des vorhandenen Straßennetzes. Das Investitionsprogramm beinhalte eine Vielzahl von Maßnahmen, die nicht oder nur am Rande in den Fachausschüssen diskutiert wurden. Das sollte zukünftig erfolgen, um hier bei der Festlegung der Prioritäten mögliche andere Ansichten mit einzubeziehen.

Grundsätzlich unterstütze er die durch Herrn Dr. Schmidt vorgebrachte Position, brachte **Herr Weber** zum Ausdruck. Dies könne nun aber nicht bedeuten, dass die Maßnahmen im Investitionsprogramm zurückgestellt werden, um erst durch die Fachausschüsse diskutiert zu werden. Unter Bezugnahme auf seine Ausführungen zum Haushaltskonsolidierungskonzept in der letzten Sitzung des Stadtrates erklärte Herr Weber weiter, dass nach Möglichkeiten gesucht werden müsse, Investitionen in großem Umfang durchzuführen, d. h. Investitionen in die Zukunft. Es gehe darum, zusätzliche Einnahmen zu generieren oder etwa Kreditbelastungen abzubauen, um endlich wieder investieren zu können, so Herr Weber.

Herr Hantusch stimmte seinen Vorrednern zu. Um in Bezug auf dringend notwendige Investitionen etwas zu erreichen, bedarf es dringend konzeptioneller Arbeit. Allein im Straßenbau bestehe derzeit ein Investitionsstau von ca. 183 Mio. EUR. Diese vielen Maßnahmen wurden im Tiefbauamt mit sehr viel Mühe in Form eines Konzeptes aufgestellt und in Prioritäten eingeteilt. Nach Bestätigung dieses Konzeptes durch die Verwaltungsspitze werde dieses in den politischen Raum zur Diskussion gestellt. Nach Zustimmung durch den Fachausschuss sei geplant, das Konzept in den Ortschaften vorzustellen, um die Möglichkeiten der Mitbestimmung auszuschöpfen. Im Ergebnis, so Herr Hantusch, habe man ein Konzept, welches den dringendsten Bedarf auch Vorort widerspiegelt und in die Planung einbezogen werden könne. Er sehe in dieser konzeptionellen Vorbereitung einen guten Ansatz.

Investitionsschwerpunkte

Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen (Gruppierung 98)

61531 – Zuschuss für Flächengestaltung Hortenstandort, Stadttumbau Ost

Herr Giese-Rehm erfragte, inwieweit es hier bereits eine Planung gebe. **Herr Schmieder** erläuterte, dass für die Baumaßnahme Hortenstandort eine Ordnungsmaßnahme beantragt und vom Land auch bewilligt worden sei. Der Zuschuss fließe aber erst im Jahr 2010 und könne dann zur Auszahlung und Weiterleitung verwendet werden. Das sei dem Vorhabenträger bekannt.

Zum Investitionsprogramm 2008 bis 2012 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

6. Schließung der Sitzung

Herr Ehm schloss die gemeinsame Sitzung um 17.35 Uhr.

Dessau-Roßlau, 29.06.23

Lothar Ehm
Stellv.Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

F.d.R.d. Nied.
E. Baumer
Schriftführerin